



Ressort: Politik

Afghanistan wird zur neuen Flüchtlingswelle für die EU

Berlin, 11.10.2021 [ENA]

Das Thema Afghanistan war ja lange Zeit in allen Medien vertreten, täglich neue Informationen, täglich Appelle an die Tränendrüsen der westlichen Bürger der EU, insbesondere Deutschlands in Sachen Aufnahme von Flüchtlingen ohne Grenze. Aber warum das ?

Nach 20 Jahren Afghanistan – Einsatz waren sich alle Beteiligten, auch Deutschland, einig darüber, man könne das Land verlassen. Die Taliban waren besiegt, das Land befriedet, lange unterstützt worden, alles gut. Mit Kosten von rund 18 Milliarden Euro hatte Deutschland mal wieder maßgeblich dazu beigetragen, wie immer, wenn es um Flüchtlinge, Migranten und Asyl geht. Und nun der Abzug. Und das Gestammel der Bundesregierung in Namen Maaß, man müsse natürlich die Ortskräfte mitnehmen, die müßten ja jetzt um ihr Leben fürchten. Aber das wären ja nicht viele. Bevor ich nun zu meinen gesammelten Informationen komme, möchte ich zur Auffrischung nochmal Kernpunkte der Falschinformation der Bundesregierung zusammenfassen.

Bericht 1 <https://www.politikforum.eu/afghanistan15062021.pdf> Das ganze begann nämlich schon im Mai 2021. Damals wird bei der Bundespressekonferenz davon geredet, das Ortskräfte, die für Deutschland tätig waren in den letzten 2 Jahren, mit Familien die Möglichkeit gegeben werden soll, nach Deutschland zu kommen. Die Zahl wurde dabei auf rund 1500 Personen beziffert, dazu kämen die Angehörigen. Gerade deshalb wurde ja die Frage eines Journalisten, warum die Frist nicht die vollen 20 Jahre betragen würde, abgeschmettert.

Im Juni 2021 wird dann bekannt, das bereits 3400 Afghanen mit Familien nach Deutschland geholt worden sind, und zwar seit 2013. Dazu kämen aufgrund der Beendigung einer NATO Ausbildungszeit nochmal 2000 Afghanen. Dazu wird bekannt gemacht, das für deutsche Firmen gearbeitete Personen nochmal einen Kreis von rund 3500 Personen ausmachen. Innerhalb eines knappen Monats wurden aus 1500 dann also 10.000 Ortskräfte mit Angehörigen.

Bericht 2 <https://www.politikforum.eu/afghanistan20062021.pdf> Die Bundesregierung hat sich nun darauf verständigt, Ihre damaligen Ausführungen über den Haufen zu werfen. Damals hieß es: Alle die länger als 2 Jahre zurückliegenden Dienst hatten, werden nicht im Visier der Taliban sein, also sicher. Jetzt heisst es: Wir wollen bis zum Jahr 2013 zurück alle einheimischen Helfer samt Familien und Angehörige ohne weitere Prüfung aufnehmen, denn auch die sind noch in Gefahr. Das haben wir früher falsch gesehen. Diese

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service

Neuregelung soll nochmals rund 1500 Personen plus Anhang betreffen, und Pistorius fordert gleich noch die Übernahme zumindest der Flugkosten, die doch keiner bezahlen könne.

Bericht 3 <https://www.politikforum.eu/afghanistan16072021.pdf> Deutschland will einige Afghanen wieder abschieben, doch die afghanische Regierung will das nicht, redet erst einmal von 3 Monaten Abschiebestopp, die Sicherheitslage sei angespannt. Und dann die Coronazahlen, die würden so dramatisch steigen. Eine glatte Lüge, wie das Internet beweist: Sinkende Inzidenz bei gerade 19.6 Und die Bundesregierung dazu: Wir prüfen das Anliegen. Das Auswärtige Amt erstelle gerade einen Lagebericht. Nix wurde gemacht, ganz im Gegenteil, die Einfuhr von Afghanern ging munter weiter.

Bericht 4 <https://www.politikforum.eu/afghanistan22082021.pdf> Jetzt meldet sich Baerbock zu Wort: Deutschland müsse eine Vorreiterrolle übernehmen mit 50.000 Aufnahmen. Und die Bundesregierung handelt, schickt ganze 2 Hubschrauber nach Kabul um Afghanen zu evakuieren. WOW. Eine Flüchtlingssprecherin der Grünen fordert gar eine hemmungslose Aufnahme ohne Prüfung oder Vorbereitung auf die Flüchtlinge. Aber Dummheit war noch nie eine Meinung.

Und jetzt wird es ganz dreist. Die EU nimmt Gespräche mit den Taliban auf und lockt mit Geldgeschenken, auch die Bundesregierung knüpft daran an. Gespräche mit Verbrechern, Mördern, so wie die immer betitelt worden sind. V.d.Leyen stellt eine EU Zahlung von über 1 Milliarde Euro in Aussicht, die Bundesregierung gibt schonmal 100 Millionen ab. Seehofer redet erst davon, man könne der Bevölkerung nicht erklären, warum Straftäter nicht abgeschoben werden, dann eine gute Woche später die Wende:

Abschiebungen gestoppt, vorerst keine weiteren Abschiebungen. Obwohl auch noch das BMI kurz vorher davon geredet habe, 30.000 Afghanen seien ausreisepflichtig. Jetzt ist auch nicht mehr nur von Ortskräften die Rede, die Zahl ist ja längst überschritten, nein, es gäbe Listen mit Schutzbedürftigen, Frauenrechtler, berichterstattende Medienvertreter, eigentlich jeder ist jetzt plötzlich berechtigt. Die Zahl 10.000 steht im Raum, dabei ist die nur Makulatur, schon längst überschritten. Und weil Deutschland ja so viel Geld hat, will sie auch Gelder an die Nachbarländer von Afghanistan geben, zur Unterstützung, heisst es.

Soweit die Auszüge aus vergangenen Berichten, ich werde hier die gesammelten Informationen in Kurzform, manchmal kommentiert, preisgeben, damit diejenigen, die der linken Tour der Bundesregierung offen gegenüberstehen und nicht einfach mit Worten wie Verpflichtung aus der Vergangenheit oder Humanismus alles abtun. Das passt nämlich schon lange nicht mehr. Im Juli 2021 sind dann wohl auch die US amerikanischen Truppen abgezogen, die Militärbasis in Bagram gleicht einer Müllhalde, viele Plünderer haben nach dem Abzug hier gewütet.

Vieles wurde auch vor dem Abzug zerstört. Ein Einheimischer berichtet, die Amerikaner seien damals nicht

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

gekommen, um das Land aufzubauen. Zurück bleiben hunderte von Zivilfahrzeugen und eine riesige Infrastruktur. Bis zu 20.000 Menschen sollen hier zeitweise gearbeitet haben. Derweil rücken die Taliban weiter vor, keine Gegenwehr der afghanischen Armee. Ende Juli berichtet ein afghanischer Dolmetscher von seiner Ausreise nach Deutschland, hat Papiere, kann aber nicht mehr gehen, ein VISA ist erforderlich. Die ganze Familie lebe in einem Versteck. Er habe schon einige Papiere eingereicht, aber noch nicht alle.

Am 19. August redet Söder in einer Pressekonferenz über die Afghanistan Lage. Er nennt die Situation eine schwere Niederlage des Westens. Die Taliban seien stärker zurückgekehrt als jemals zuvor. Die Art und Weise des Abzugs sei beschämend, Ortskräfte würden noch immer darauf warten, abgeholt zu werden. Er redet von der moralischen Verpflichtung die Ortskräfte aufzunehmen, Bayern hätte schon 300 aufgenommen. Die Gruppe der Aufzunehmenden soll erweitert werden, neben Ortskräfte zählen auch Frauenrechtlerinnen, Bürgeraktivisten, Journalisten und Vertreter für Menschenrechte.

Er ist für eine starke finanzielle Unterstützung der Nachbarstaaten. Er will aber keine unkontrollierte Einwanderung, er will kein 2015, aber das sei kein Wahlkampfthema. Deutschland will helfen in Kooperation mit anderen Ländern. Die Aussenpolitik sei nochmal zu überprüfen und zu überarbeiten. Währenddessen hält der österreichische Kanzler Kurz das Ganze für ein völlig falsches Signal.

Rund um den 22. August bricht am Flughafen Chaos bei der Evakuierung aus, dichtes Gedränge, Rangeleien, große Hitze dazu. Jeder will an Bord, die Lage eskaliert. Berechtigte werden teilweise zurückgelassen, andere kommen mit. Erst am nächsten Morgen klärt sich mit Einsatz von Militär die Lage etwas auf, dennoch weiterhin großer Andrang, jeder will weg aus Afghanistan. Es wird berichtet, das die 2 Hubschrauber der Bundesrepublik Deutschland in Kabul angekommen seien und die Personen zur Evakuierung dort aufnimmt, um mit ihnen nach Taschkent, Usbekistan zu fliegen. WOW, 2 Hubschrauber, 7 Personen wurden evakuiert. Die USA teilt der Bundesrepublik Anflugzeiten zur Evakuierung zu, so seien 3 -4 Flüge pro Tag möglich.

Einen Tag später eine Nachricht vom Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, an die Presse. Und das nicht zufällig. Um die Gegner der Evakuierungen zu treffen und die Befürworter zu unterstützen, redet er plötzlich von 400.000 Zuwanderern, die Deutschland pro Jahr brauche. Überall würden und werden Fachkräfte fehlen. Dumm nur: Just in time kommen auch Berichte vom Innenministerium, das mit den Flüchtenden auch Kriminelle eingereist seien, die teils schwere Straftaten in Deutschland verübt hätten und damals abgeschoben worden seien.

Jetzt sind die wieder hier und dürften einen neuen Asylantrag stellen ohne Abschiebemöglichkeit. Um Visum bei der Einreise geht es schon lange nicht mehr, jeder darf rein, eine Prüfung, so Seehofer, erfolge später. Vielleicht. Auch Corona ist kein Thema. Andere Krankheiten auch nicht. Eine Zahl um die 1900

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service

afghanische Bürger macht die Runde. Offiziell oder nicht, keiner weiß das so richtig. Und über die möglichen Straftäter keine Auskunft von Bundesbehörden, es seien ja nur Einzelfälle. Na dann.

Währenddessen entschließt sich die USA, wegen der vielen in Kabul noch wartenden Menschen, rund 6000 zu dieser Zeit, erst einmal eine Zwischenstation in 2 Standorten geben, rund 4000 Afghanen sollen das erst einmal sein, Grafenwöhr und Kaiserslautern sind im Gespräch, und da es sich um US Stützpunkte handelt, hat Merkel kein Mitspracherecht. Und Maaß auch nicht. Brauchen beide auch nicht, denn denen ist das ja nur recht. Denn Rammstein sei so gut wie voll, hieß es. Wie viel sich dort schon aufhalten, weiß keiner so genau, um eine Zahl vorwegzunehmen, Anfang Oktober 2021 sollen es über 9000 Personen sein. In dem ganzen Tumult meldet sich Grünen Landeschef Hildenbrand im NRW zu Wort.

Der weit mehr als nur die Familien von Ortskräften aufnehmen will. Ein Streit mit der CDU entbrennt. Am 25. August wird klar, das die Zeit längst nicht reichen wird, alle Berechtigten und Unberechtigten auszufliegen, denn am 31. August 2021 will die USA mit letzten Soldaten abziehen, damit ist der Flughafen frei. Einige Länder beginnen, eigene Leute auszufliegen. Erste Klagen im Eilverfahren gehen in Deutschland ein, um noch einen der begehrten Ausflugsplätze zu erhalten. Das Auswärtige Amt derweil hat schon lange den Überblick in Kabul in Sachen deutsche Staatsbürger verloren, Maaß redet von rund 100 Personen, lt. Amt sollen aber noch mehr als 200 in Kabul sein, und es würden sich täglich neue im Amt melden, so ein Sprecher.

Dabei sind doch schon 540 Personen ausgeflogen worden. Der Sprecher ergänzt: Man habe nicht den kompletten Überblick, weil teilweise auch Angehörige Deutsche seien. Offensichtlich war die Vorbereitung auf die Ausflüge von Berechtigten genauso mies wie der geplante Abzug an sich. Zu Diesem Zeitpunkt sollen rund 4650 möglicherweise berechnete Bürger ausgeflogen worden sein, allein von der Bundeswehr in rund 30 Flügen. Übliche Demos in Deutschland für das Herholen weiterer Flüchtlinge, wie üblich. In Berlin redet die grüne Bettina Jarasch, das Berlin für eine Aufnahme bereitstehen würde, Berlin habe Platz. Woher nur ?

Aber inzwischen ist vielen schon klar: Das werden natürlich nicht nur ein paar tausend werden, sondern eine deutliche 5-stellige Zahl – in diesem Jahr, weitere werden kommen. Die Ausrede von Frau Merkel, es handele sich um ca. 10.000 Personen, glaubt schon lange keiner mehr. Als einziger redet Herr Kurz, zu dieser Zeit noch Kanzler in Österreich, Klartext. Er redet von kranker Ideologie, die importiert würde. Was er nicht wolle. Er stellt klar, das seit 2015 umfangreiche Herausforderungen auch auf Österreich zugekommen sind mit den Flüchtlingen, die seither hierher gekommen sind. Die Deutsch- und Wertekurse und andere Aufgaben haben Unsummen an Geld gekostet.

Ausserdem habe man durch die Ströme der letzten Jahre sehr viel Antisemitismus nach Europa importiert,

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

wir haben Flüchtlinge bekommen die Probleme mit den Rechten der Frauen haben, die Homophobie mitbringen. Er stellt klar: Österreich wird weiter nach Afghanistan abschieben. Er sieht die Probleme nicht gelöst indem man wie 2015 wieder massenhaft Flüchtlinge aufnimmt, sondern die Probleme müssten vor Ort gelöst werden. Also dieser Mann würde sofort bis zum Lebensende eine Bleibeberechtigung für Deutschland bekommen; Schade das die Bundestagswahl und Kanzlerschaft schon vorbei ist dieser Mann wäre der Beste für Deutschland. Das möchte ich jetzt mal loswerden, da kann man alle anderen „ Heisse Luft Verbreiter „ getrost vergessen.

In dieser Zeit formieren sich mehrere Demonstrationen in Deutschland. Hauptsächlich Afghanen, aber auch viele Sympathisanten mischen sich darunter. Sie fordern, das alle Reisewilligen einreisen dürfen, nicht nur besondere Personengruppen. Denn schließlich gelte die Schutzbedürftigkeit für alle, nicht nur für Ortskräfte und Co. Na klar, alle hierher. Am 27. August 2021 verläßt das letzte Bundeswehrflugzeug Kabul, die letzten Bundeswehrsoldaten ziehen ab. An diesem Tag eine kurze Rede von Frau Merkel. Sie redet von Sprengstoffexplosionen vor dem Kabuler Flughafen, wohl Selbstmordanschläge. Die hätten wohl auf Menschen gewartet, die Rettung erhofft haben. Es soll auch US Soldaten getroffen haben.

Sie redet von mehreren 10.000 von Menschen, die in Sicherheit gebracht werden konnten. Wie sich doch die Zahl der Ortskräfte und Familien innerhalb weniger Wochen drastisch nach oben korrigiert. Maaß erklärt derweil, er will 10.000sende Flüchtlinge nach Deutschland holen und en Nachbarländern von Afghanistan mit Geld helfen. So seine typische Art, was anderes kann der ja nicht. Aufnahmen und verschenken. Ist ja nicht sein Geld. 2 seltsame Infos von 2 Kanzlerkandidaten kommen am gleichen Tage: Herr Laschet redet davon, das die afghanische Armee quasi kampfflos Afghanistan übergeben habe. Frau Baerbock redet davon, das gut ausgebildete Afghanen zu den Taliban übergelaufen seien. Ach, mit unserem Geld ausgebildet, das die zum Feind überlaufen ?

Ende August macht das Bundesinnenministerium eine desaströse Rechnung auf: Insgesamt seien nur 634 Ortskräfte ausgeflogen worden, die anderen Personen seien aus dem Kreis von Flüchtlingen allgemein zu suchen. Über 40.000 Hilfersuchen lägen inzwischen vor. Wie traurig die Bundesregierung arbeitet, lesen sie an diesem Beispiel: Angeblich sei zu Beginn der Evakuierung am 14. August dem Innenministerium eine Zahl von 174 Ortskräfte sowie Angehörige gehabt, insgesamt 886 Personen allesamt. Dann wären immer wieder Neumeldungen dazugekommen. Jetzt stehe eine Zahl von über 40.000 zu Buche von Personen, die einen Bezug zu Ortskräften hätten. Iss klar. Angeblich hätte die Bundeswehr nicht die Auswahl über die auszufliegenden Personen getroffen.

Daher seien noch Ortskräfte vor Ort. Die Bild berichtet von 3849 geretteten Afghanen, davon seien aber nur 138 Ortskräfte gewesen. Derweil meldet sich die EU zu Wort. Mit unserer ehemaligen Verteidigungsministerin, die durch Beraterkosten ohne Ende gegläntzt hat, sonst eher nicht. Aber noch keine

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

Zusage über eine EU Aufnahme, denn die Länder sind mal wieder uneinig. Manche Länder wollen mehr Unterstützung, andere wie Österreich, Ungarn, Tschechien und Polen lehnen eine verpflichtende Aufnahme kategorisch ab. Mit Recht. In Kabul wird die US Botschaft geschlossen, Gespräche will die USA aber mit den Taliban sprechen, aber nur in Doha. Und es gäbe kein Vertrauen auf das Gesagte der Taliban, so die USA.

Warum dann aber die Gespräche. Später wird bekannt, das die Taliban sogar finanzielle Unterstützung bekommen sollen, damit die klein beigegeben. Kein Vertrauen auf was ? Und Merkel redet in einer Pressekonferenz Ende August von noch einer Vielzahl von Ortskräften in Kabul, die noch herausgeholt werden sollen. Wo hat sie die denn herbekommen ? Zwischen 10.000 und 40.000 sollen es plötzlich noch sein. Die genaue Zahl müsse noch geklärt werden. Ich übersetze mal: Die genaue Zahl muß noch erfunden werden mit passender Begründung. Maaß redet viel Zeug in Pakistan über Afghanistan und natürlich über Geldgeschenke. 100 Millionen sind schon da, weitere 500 Millionen sollen an weitere Nachbarstaaten fließen.

Aber darüber hinaus will er auch weitere Projekte finanzieren. Na klar. Auch Weil Ministerpräsident Niedersachsen meldet sich Anfang September 2021 zu Wort, redet das übliche Geschwafel von moralischer Verpflichtung und sieht Niedersachsen für die Aufnahme afghanischer Flüchtlinge gut vorbereitet. Was er damit meint, läßt er offen, muß er noch überdenken. Baerbock merkt inzwischen, das ihre Aussage, 50.000 sollen kommen nicht so zieht.

Auch sie redet jetzt davon, wir hätten Platz. Und erkennt, o Wunder, das die europäische Flüchtlingspolitik nicht funktioniere. Und alle Aussagen, gemeinsames EU Handeln, keine nationalen Einzelschritte, die während Corona immer wieder angemahnt worden sind, auch bei der letzten Flüchtlingskrise 2015, sind plötzlich passe. Weil die EU sich nicht einig ist, müßten einzelne Länder den ersten Schritt machen, und Deutschland habe eine besondere Verantwortung. Ich kann diesen Satz nicht mehr hören.

Kleiner Wehrmutstropfen ist dann ein Bericht Anfang September. Ausgerechnet ein Afghanener sticht einer Gärtnerin in Berlin in den Hals, mehrfach. Sie 58 Jahre alt, er nur 29 Jahre alt. Auch ein herbeieilender Mann, der helfen will, wird schwer verletzt. Die Gründe der Tat sind unklar. Der Afghanener soll seit 2016 in Deutschland sein und psychisch krank sein. Das hilft der Gärtnerin und dem Helfer auch nicht, und als Ausrede als Einzelfall schon gar nicht, denn das ist kein Einzelfall.

Mitte September dann eine Einschätzung vom Verein Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte e.V., wie denn die Lage in Afghanistan sei. Herr Wehner antwortet in einem NTV Interview: Große Verzweiflung, große Hoffnungslosigkeit in Afghanistan. Viele haben keinen Reisepass, aber die Stellen sind noch geschlossen. Einige haben zwar ein VISA, aber nicht das passende um nach Usbekistan

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service

auszureisen. Er will nächste Woche Gespräche führen mit versch. Organisationen um eigene Ortskräfte rauszuholen, der Verein würde Behörden anschreiben um auf die Lage der Ortskräfte aufmerksam zu machen (ganz tolle Arbeit). Einige Ortskräfte sprechen eigene Sprache wie Dari und könnten sich nicht in Deutsch unterhalten.

Und kämen dann nicht in die Ortskräfteabwicklung. (Das sind also unsere neuen Fachkräfte ?). Herr Wehner gibt aber noch eine interessante Info: Er habe von Ortskräften gehört das sich sogar Talibankämpfer unter die zu Evakuierenden gemogelt hätten. Da freuen wir uns, dann können die Verhandlungen direkt in Deutschland geführt werden. Inzwischen redet Maaß davon das sich Flüchtlinge zu Fuß auf den Weg machen würden, um auf dem Landweg flüchten zu können. Derweil ist seine Rede in Pakistan schon wieder Makulatur. Eben noch dicke Gelder versprochen, will Pakistan jetzt keine weiteren Afghanen aufnehmen, der Iran auch nicht mehr. Aber die Gelder aus Deutschland sind weiter willkommen.

Rammstein rückt in den Blickpunkt einiger Berichte. Denn dort sollten ja eigentlich Afghanen nur einen Zwischenstopp machen die dann in die USA kommen sollten. Aber immer mehr der dort verweilenden beantragen Asyl in Deutschland. In einer Vereinbarung zwischen USA und Deutschland war eigentlich festgelegt worden, das alle Flüchtlinge Deutschland wieder verlassen würden, und zwar definitiv. Doch bald räumte die Bundesregierung Einschränkungen ein, das gelte natürlich nur für die, die für die USA bestimmt seien. Aber da gab es schon einige, die die USA gar nicht haben wollte, aus Gründen der nationalen Sicherheit, so die USA. Seltsam, wer für die USA ein Sicherheitsrisiko ist, ist das nicht für Deutschland ?

Rammstein ist deutsches Hoheitsgebiet, daher gilt dort deutsches Asylrecht. Natürlich wußte das die USA und auch Maaß. Und jetzt seien die Flüge in die USA gestoppt, wegen Masern, heisst es. Durch die Bundestagswahl ist das Thema wieder etwas in den Hintergrund geraten, zumindest was die Berichterstattung in anderen Medien anbelangt. Im Hintergrund aber laufen die Gespräche, Bemühungen, Zahlungen und Aufnahmen weiter. Jetzt zu Beginn des Oktobers wird trotz aller Hilfen eine neue Stimme laut: Die Welthungerhilfe redet von Hunger und Armut, die in Afghanistan auf dem Vormarsch sei. Viele würden hungern, wären auf Überlebenshilfe angewiesen und anderes mehr. Moment mal, wie war das denn die letzten 20 Jahre ?

Haben sich diese Punkte geändert ? Alles was die Welthungerhilfe anprangert, gab und gibt es doch schon seit Jahren in Afghanistan, aber weil die Lage das gerade so schön hergibt, will man jetzt diese Dinge auch noch Deutschland aufbürden, ich finde das gelinde gesagt eine Art von Abzockerei der deutschen Bevölkerung, genau gesagt der Steuerzahler. Erst nehmen wir die meisten Flüchtlinge auf und das ganze geht ja noch bis weit ins nächste Jahr weiter, dann geben wir zweimal 9-stellige Millionen Beträge zur Unterstützung des afghanischen Landes, geben Geld an die Taliban für Rechte, weitere Bürger

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service

auszufliegen.

Haben 20 Jahre lang mit dem zweitgrößten Kontingent an Soldaten das Land betreut, was fast 18 Milliarden Euro gekostet hat, wenn die offiziellen Zahlen stimmen, und jetzt kommt die Welthungerhilfe und will wieder bei den Deutschen kassieren ? Schämen sollten sich die, aber andere Länder kann man eben nicht so abzocken wie Deutschland. Trotz das ja alle etablierten Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke so Interesse bekundet haben, in Afghanistan zu helfen, haben sie sich völlig abwesend gezeigt bei der vom Verteidigungsministerium initiierten Afghanistankonferenz.

Die dazu bestimmt war, den Einsatz revue passieren zu lassen, über Fehler zu diskutieren, die Lehren zu ziehen und neue Strategien zumindest im Beginn zu besprechen, um das in Zukunft zu vermeiden. Aber da schien die Respektlosigkeit gegenüber 59 toten deutschen Soldaten, 125 Verletzte und diverse psychisch Erkrankte doch nicht so groß zu sein wie alle sich gegenüber dem afghanischen Bürgern äußern. Lediglich die blaue Partei war gekommen, natürlich wegen mangelnder Beteiligung wurde die Konferenz abgesagt.

In der 2. Oktoberwoche dann die EU Meldung, das viele Mitgliedsstaaten, das Wort viel sollte nicht auf die Goldwaage gelegt werden, ein Bleibeprogramm für rund 85.000 Afghanen in Europa erstellt werden soll. Diese Zahl soll aber für die kommenden 5 Jahre gelten (Glaubt nur keiner). Bedeutet weitere Milliarden Euro von Kosten, die gestemmt werden müssen.

Letzte Meldung Ende letzter Woche: Ein weiterer Charterflug von Pakistan, an Bord rund 200 Personen Richtung Deutschland. Angeblich sind bis jetzt mehr als 120.000 Afghanen ausgeflogen worden, und es wären immer noch Zehntausende Ortskräfte im Land. Sie merken hier schon, die Zahlen werden immer wieder hochmanipuliert, zu Beginn waren es unter 1000 Ortskräfte. Wie schnell die mehr werden.

Zur Klarstellung: Ich bin kein Gegner von Flüchtlingen, Migranten und deren Unterstützung, aber von missratener Politik von Deutschland und den EU Ländern seit Jahren in diesem Bereich, schöne Reden nichts dahinter nie eine Einigung aber immer Einigung predigen und propagandieren. Und das kotzt mich an.

[Bericht online lesen:](#)

https://www.european-news-agency.de/politik/afghanistan_wird_zur_neuen_fluechtlingswelle_fuer_die_eu-82339/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: Uwe Hildebrandt

**Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency**

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.